

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 49 (1969-1970)

Heft: 5: Die Fremdarbeiterfrage

Artikel: Innenpolitische Rundschau

Autor: Spectator

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162297>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

stimmung kommen, und die Aarauer Veranstaltung hat signalisiert, was zu erwarten steht, wenn wir uns nicht die Mühe nehmen, die Ausländerfrage in allen ihren Aspekten, dem menschlichen, dem politischen, dem wirtschaftlichen, mit vollkommener Offenheit zu erörtern. Es genügt nicht, das Volksbegehren als Unsinn abzutun, auch wenn es ein Unsinn ist; denn das Unbehagen – nicht zuletzt Resultat erschütternd provinzieller Erziehung – klammert sich ja nur an die einzige im Augenblick vorhandene Offerte, und es überdauert mithin auch eine mit Ach und Krach und gewaltigem Propagandaufwand erledigte Initiative. Es gibt Gründe, und sie liegen nahe, den bevorstehenden Abstimmungskampf und seine Untergrundbewegungen zu ersorgen; aber der Aufmarsch an der Klagemauer führt zu nichts. Vernünftig

wäre allein, die Abstimmung über dieses Volksbegehren als Verpflichtung anzunehmen, ein schweizerisches Gespräch über die Bedingungen unserer Existenz in der heutigen Umwelt zu führen und damit der Sterilität einer Gegnerschaft zu entkommen, die Xenophobie auf der einen und Profitjägerei auf der andern Seite heisst. Gewiss, beides existiert, helvetisches Pfahlbürgertum und blanke Konjunkturritterei; aber damit sind nur die Extreme bezeichnet. Dazwischen steht für eine breite Schicht die Frage zur Lösung, in welchem Ausmass wir zur Integration fähig sind und wie gross unsere Bereitschaft dazu ist. Daran bemisst sich am Ende, was es heute mit der vielberufenen Willensnation Schweiz überhaupt noch auf sich hat.

Oskar Reck

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Lob der Festhütte

Es gehört heutzutage in wachsenden Kreisen zum guten Ton, die «Vereinsmeierei» des Schweizers ins Lächerliche zu ziehen und das ganze Drum und Dran der Stammische, Fahnen und Feste kurzerhand in die Mottenkiste vergangener, ja abgestorbener Zeiten zu verweisen. Auch haben viele dieser Organisationen immer grössere Rekrutierungssorgen. Die Jugend zeigt immer weniger Neigung, sich auf solche Weise binden und integrieren zu lassen – ganz abgesehen davon, dass unsere «Freizeitgesellschaft» mit ihrer hochentwickelten Unterhaltungsindustrie und dem ständig zunehmenden Programmangebot der Massenmedien nicht unbedingt dazu angestan ist, besonders zur eigenen Betätigung etwa als Turner, Sänger oder Blechmusiker anzuspornen.

Mag auch mancher Zug unseres Vereinswesens tatsächlich veraltet und überlebt erscheinen, so ändert dies indessen nichts daran, daß hier Strukturen des ge-

sellschaftlichen Lebens in Frage stehen, die in der Vergangenheit von beträchtlichem, öffentlichem Gewichte waren und für die trotz aller gesellschaftlichen Betriebsamkeit unserer Tage auch noch kein wirklicher Ersatz in Sicht ist. Wer sich etwas in der Geschichte unseres Bundesstaates umsieht, der wird zum Beispiel feststellen, dass die grossen eidgenössischen Vereine der Schützen, Turner und Sänger eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten, als es vor und nach 1848 darum ging, das bundesstaatliche Bewusstsein zu wecken und zu fördern.

Manche politische Entscheidung reifte nicht zuletzt an Vereinsabenden und Stammtischen langsam heran; mancher Sänger-, Turner- oder Schützentross wurde zur Hausmacht politischer Führer. Und in ungezählten Situationen erwiesen sich diese Organisationen mit ihren selbstverständlichen sozialen und regionalen Querverbindungen als dauerhafte Stützen und Konstanten des öffentlichen Lebens. Vielleicht werden diese Dinge einmal ihren

Soziologen oder Historiker finden, der deutlich machen wird, dass die «Festhütten-Schweiz» nicht nur bald überholtes, patriotisch verbrauchtes Biedermeier war, sondern bei all ihren menschlich-allzumenschlichen Begleiterscheinungen doch auch ihre staatspolitisch bedeutsamen positiven Seiten aufzuweisen hatte (und noch weiterhin hat).

80 000 Schützen in Thun

Eine dieser Vereinigungen, der 1824 gegründete Eidgenössische Schützenverein, hat heuer einmal mehr seinen großen Sommer. In Thun hielt er im Juli sein alle vier Jahre wiederkehrendes, diesmal drei Wochen dauerndes Wettschiessen ab. Tag für Tag lösten sich die in die Tausende gehenden Schützenkontingente aus der ganzen Schweiz ab, insgesamt 80000 an der Zahl. Eröffnet wurde das Schiessen traditionsgemäß durch den Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes, Bundesrat Gnägi, der sich im Wettkampf mit den höchsten Armeeführern ausgezeichnet schlug. Zehn Tage später hatten die Auslandschweizer ihren Ehrentag. Praktisch aus der ganzen Welt fanden sich Gruppen ein, um unter Beweis zu stellen, dass sie auch in der Ferne als würdige Tellensöhne dem tieferen Sinn dieses wahren Volksfestes aufgeschlossen geblieben sind: die Wehrhaftigkeit eines kleinen neutralen Volks durch stetes persönliches Bemühen auf der Höhe der bewegten Zeit zu halten.

«Alt-Berns» Sprung über den eigenen Schatten

Der Kanton Bern hat ein «Image», das durch die Stichworte bäuerlich-konservativ, bedächtig und hartköpfig gekennzeichnet ist. In letzter Zeit allerdings will das Bild nicht mehr so recht stimmen. Auf dem Gebiet des Frauenstimmrechts etwa liegt Bern deutlich vor den meisten andern deutschschweizerischen Kantonen in Führung: Mehr als die Hälfte seiner Gemeinden hat mit der «Männerherrschaft» ge-

brochen. Und eben jetzt hat die bernische Regierung in der Jahrzehntelang schwärenden Frage des jurassischen Separatismus eine Aktivität entfaltet, die in ihrer souveränen Anlage ebenso überraschend wie erfreulich anmutet.

Nur einen Monat nach der Veröffentlichung des Berichts der «Kommission Petitpierre» mit dem Vorschlag, ein Jurastatut zu schaffen, hat die Berner Regierung zuhanden des Großen Rates Anträge für eine Verfassungsänderung verabschiedet, welche den Weg zu rechtsverbindlichen Volksbefragungen im Jura selbst eröffnet. Ein detaillierter Aktionsplan sieht vor, dass bereits 1970 über ein Jurastatut abgestimmt werden könnte. Die Separatisten, die erst im September zu den Anträgen Stellung nehmen wollen, sehen sich damit vor eine unerwartete Situation gestellt. Einziger Ansatzpunkt für weitere Obstruktion bleibt nun noch die separatistische Forderung nach einem Stimmrecht auch der auswärts wohnenden Jurassier – eine These, die dem Bundesrecht wie der eidgenössischen Tradition zuwiderläuft und daher kaum Aussicht auf Erfolg hat. Es sieht ganz so aus, als habe die Berner Regierung mit ihrem «Sprung über den eigenen Schatten» nach langen Jahren des Lavierens und Zauderns das Heft nun in einer Art in die Hand genommen, die nicht mehr viel Raum für unfruchtbare polemische Spiegelfechtereien der Separatisten lässt, auch wenn deren Führer, Roland Béguin, in einer ersten Erklärung ein «katastrophales Ende» der Vorlage voraussagen zu müssen glaubte.

Beruhigung in der Studentenpolitik?

Zwei Ereignisse in der Studentenpolitik, der Kongress des Verbandes Schweizerischer Studentenschaften (VSS) und die Neubestellung des Kleinen Studentenrates, der Studentenexekutive an der Universität Zürich, deuten auf eine gewisse Beruhigung der Verhältnisse hin. Beidenorts wurden die «Progressiven» zurückgedrängt. Offensichtlich ist der linksextremen Minderheit vor allem dadurch stärkerer Widerstand

erwachsen, dass sich die Gegenkräfte besser organisierten und dass sich inzwischen auch viele der bisher indifferent oder abwartend Abseitsstehenden zu einer aktiveren Haltung aufgerafft haben.

Es wäre indessen verfehlt, von einer eigentlichen Wende zu sprechen. Die «Neue Linke» hat ihre grossen Anliegen einer «Umfunktionierung» der Gesellschaft zweifellos nicht fallen gelassen. Nach Äusserungen einzelner ihrer Führer beginnt sie lediglich die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit zu verschieben. In Sachen Universitätsreform ist nicht mehr viel zu machen, nachdem sich das «Establishment» zu ernsthafter Aktivität entschlossen hat. Also sucht man nach neuen «Arbeitsfeldern». Unter diesen Umständen hängt sehr viel davon ab, wie rasch und wie gründlich das «Establishment» vorgeht. Nichts wäre falscher, als wenn nun der öffentliche Reformwille erlahmen würde. Dann wäre der Boden sofort wieder bereitet für neue linksextreme «Initialzündungen» an unseren Hochschulen.

Privatschulen – Luxus oder notwendige Ergänzung?

Im Zürcher Gemeinderat wurde kürzlich eine Motion zu einem Thema behandelt, das in unserem Lande immer wieder zu Diskussionen Anlass gibt: Soll der Staat die Privatschulen unterstützen oder nicht? Im erwähnten Fall ging es um das Postulat, dass die obligatorischen Lehrmittel auch an die Absolventen von Privatschulen kostenlos abgegeben werden sollten. Die Motion wurde deutlich abgelehnt, und zwar vor allem aus staatspolitischen Gründen: Der Staat habe allen die Möglichkeit angemessener Ausbildung zu garantieren, und zwar in öffentlichen Volksschulen, welche den großen Vorteil des gemeinsamen Heranwachsens von Kindern verschiedener Konfession und verschiedenen sozialen Herkommens aufweisen.

Dieses Prinzip stellt eine Säule liberaler Kulturpolitik dar. Die Tatsache aber, dass die gleichen Liberalen, welche die allgemeine Volksschule verwirklichten, den Pri-

vatschulen trotzdem die grundsätzliche Existenzberechtigung einräumten und damit in unserem Lande den Aufbau eines Privatschulwesens von außerordentlicher Vielfalt ermöglichten, deutet darauf hin, dass auch sie sehr wohl um die Ergänzungsbedürftigkeit der Staatsschule wussten. Heutzutage wird man weniger denn je bestreiten können, dass zahllose Kinder bei speziellen Förderungen im intimeren Rahmen kleiner Privatklassen einen Bildungsstand erreichen können, der ihnen sonst verschlossen bliebe.

Gerade in Städten wie Zürich zeigt sich dabei immer mehr, dass in den öffentlichen Mittelschulen vor allem Schüler aus einfachen Verhältnissen auf der Strecke bleiben, und zwar einfach deswegen, weil diese im Elternhaus nicht die offenbar stillschweigend vorausgesetzte Nachhilfe erhalten können. Dieser Sachverhalt, der von den meisten Schulleitern offen zugegeben wird, lässt das Privatschulproblem in einem Licht erscheinen, bei dem man aus eben jenen staatspolitischen Gründen der «gleichen Bildungschance» zu neuen Schlussfolgerungen gelangen könnte; jedenfalls scheint es an der Zeit, diese Dinge in der gegenwärtigen Phase der «Generalmobilmachung der Talentresevren» genau zu überdenken. Die meisten Privatschulen erfüllen offensichtlich eine Funktion von öffentlichem Interesse und verdienen daher auch eine entsprechende Behandlung durch die Öffentlichkeit – es sei denn, man mache Ernst mit längst fälligen Reformen des staatlichen Schulwesens.

Mangelnde Logik in der Aussenpolitik ?

Am 30.Juni veröffentlichte der Bundesrat seinen Bericht an die Bundesversammlung über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinigten Nationen, den er in Ausführung eines Postulates von Nationalrat Bretscher, dem früheren Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung», vom Februar 1967 erstellt hatte. Das 175 Seiten starke, mit grosser Sorgfalt redigierte Dokument stiess auf unterschiedliches Echo. Die

«Gazette de Lausanne» zum Beispiel kreidete dem Bundesrat Mangel an Logik an, weil der Bericht zwar mit aller Deutlichkeit die wachsende Realisierbarkeit, ja Wünschbarkeit eines Beitritts zur Darstellung brachte, es jedoch gleichzeitig unterliess, dem Parlament entsprechende Schlussfolgerungen vorzulegen.

Dieser Widerspruch lässt sich indessen leicht erklären: Tatsache ist zwar, dass eine wachsende Zahl von Gründen für eine Vollmitgliedschaft spricht. Tatsache ist ferner, dass die Neutralität, an der unbedingt festzuhalten ist, nicht mehr als unüberwindliches Hindernis erscheint. Doch ebenso eindeutig steht fest, dass das Misstrauen in Parlament und Volk gegenüber der «Schwatzbude» in New York noch allzu tief verwurzelt ist, als dass im Augen-

blick eine ernsthafte Chance für eine befürwortende Mehrheit im Volk bestünde. Nichts wäre indessen unwillkommener als ein negativer Volksentscheid; denn er könnte die bereits eingespielte, vielfältige Zusammenarbeit im Rahmen der Spezialorganisationen, aber auch auf der Basis der «Guten Dienste» ernstlich beeinträchtigen.

Was also hätte der Bundesrat in dieser Situation anderes tun können als das, was er getan hat: eine ganz hervorragende, sorgfältig kommentierte Dokumentation zu erstellen, um so der Meinungsbildung in Parlament und Öffentlichkeit eine sachkundige und zugleich richtungweisende Grundlage zu vermitteln?

Spectator

NEUE PHASE DER AMERIKANISCHEN AUSSENPOLITIK

Präsident Nixons Ankündigung, er werde auf einer Reise um die Welt, bei der er den wichtigsten Staaten *Asiens* einen Besuch abstattet, auf dem Rückweg auch in *Rumänien* Station machen, scheint eine neue Phase der amerikanischen Außenpolitik einzuleiten. In den asiatischen Ländern dürfte Nixon die Positionen sondieren, die sich den Vereinigten Staaten in der *Phase nach Vietnam* bieten, wobei sich der Präsident auch darüber orientieren dürfte, inwieweit das Tempo des angekündigten stufenweisen Rückzugs der Amerikaner aus Vietnam von den Verhältnissen in den übrigen Gebieten Asiens beeinflusst wird. Bisher wurde erst ein kleiner Teil der ersten 25000 Mann aus Südvietnam abgezogen. Von nordvietnamesischer Seite ist dieses Entgegenkommen Washingtons noch in keiner irgendwie sichtbaren Weise honoriert worden. Wer sich von der amerikanischen Geste versprochen hatte, sie werde eine Initialzündung zu einer beidseitigen De-Eskalation werden, sieht sich bis jetzt getäuscht. Bei den Verhandlungen in Paris sind keinerlei Fortschritte erzielt worden,

und es hat nicht den Anschein, als ob die Konferenz bald aus ihrer Stagnation heraus kommen wird. Diese Tatsachen werden Nixons Gespräche in den asiatischen Ländern zweifellos beeinflussen.

Affront gegen Moskau?

Noch komplexer sind die Probleme, die der Besuch des amerikanischen Präsidenten in Rumänien heraufbeschwört. Die Visite hat mehr als nur symbolischen Wert. Zum ersten Mal seit 1945 – als in Jalta Präsident Roosevelt mit Churchill und Stalin konferierte – begibt sich ein Staatsoberhaupt der USA in ein kommunistisches Land. Dass dabei gerade Bukarest als Ziel gewählt worden ist, das seit Jahren dem außenpolitischen Kurs Moskaus trotzt und eigene Wege geht, verleiht dem Besuch eine besondere Note. Die Sowjetunion hat denn auch nach anfänglichem Schweigen heftig reagiert und gegen die USA eine *Pressepolemik* entfesselt, in die auch die Organe in den osteuropäischen Satellitenstaaten